

Meschugge im Fürstentum

Israel Das Land eröffnet die Jagd auf Steuersünder. Betroffen sind Stiftungen in Liechtenstein mit Kontoverbindungen in die Schweiz.

BERNHARD FISCHER

Vom Amateurboxer zum Schauspieler, dann zum Journalisten – und jetzt zum obersten Steuerjäger Israels: Yair Lapid war vier Jahre lang einer der beliebtesten Fernsehmoderatoren des Landes, bevor er 2013 Finanzminister wurde. Mit strenger Hand setzt er jetzt die neuen Steuergesetze der Knesset um, des israelischen Parlaments. Seit dem 1. Januar 2014 gelten verschärfte Regeln für reiche und superreiche Israeli. Insbesondere für jene mit Stiftungen in Liechtenstein und Konten in der Schweiz.

Bisher galt das Gelobte Land als sicherer Hafen vor allem für Steuerflüchtlinge in der Diaspora. Personen jüdischen Glaubens wurden für zehn Jahre von Steuern auf im Ausland erworbenem Einkommen befreit, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt nach Israel verlegten. Doch mit den neuen Regeln seit Anfang Jahr schliesst Lapid diese letzten Steuerschlupflöcher. Der Grund: Die Militärausgaben Israels belasten das Budget und hohe Staatszinsen lassen kaum noch Spielraum für eine sozial gerechte Umverteilung der Steuereinnahmen zu. Lapid will deshalb Kapitalerträge aus undeckelten Vermögen im Ausland anzapfen. Treuhänder schätzen, dass an die 90 Prozent aller Liechtensteiner Stiftungen von den Begünstigten in der Vergangenheit nicht gemeldet wurden, darunter auch jene mit Verbindungen nach Israel und in die Schweiz.

Die Vorbereitungen für eine härtere Gangart Israels gegen notorische Steueropimierer begann bereits vor einhalb Jahren. Im Sommer 2012 gründete Lapid Amtsvorgänger Yuval Steinitz eine Arbeitsgruppe, um über die Anpassung der israelischen Steuergesetze an jene der USA zu beraten. Mit einigem Schaden für Finanzinstitute in Israel: «Wegen der grossen Angst vor der weltumspannenden Offenlegungspflicht durch das US-Berichtspflichtsystem Fatca haben US-Kunden bereits rund 4 Milliarden Dollar von Banken in Israel abgezogen», sagt Oded Dardikman. Er pendelt als Stiftungsspezialist regelmässig zwischen Zürich und

Tel Aviv. Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie das Fürstentum Liechtenstein wollen bis spätestens 2015 den automatischen Informationsaustausch als Standard. Die Steuergesetze Israels fügen sich nahtlos ein.

Potenzielle Umgehungsstrategien

Das hat Auswirkungen auf die Stiftungspraxis in Liechtenstein. Bislang funktionierte das Modell so: Der Gründer bestimmte, dass er selbst, der Ehepartner und allenfalls die Kinder begünstigt sind. Der im Ausland lebende Stiftungsgründer



Finanzminister Yair Lapid: Israel soll keine Steueroase sein.

musste seine Konstruktion oder die Begünstigten den israelischen Behörden nicht melden. Das Zugriffsrecht der israelischen Steuerbehörden versagte. Das ändert sich jetzt. Jeder israelische Stifter muss sein Vermögen vollständig offenlegen. Egal, ob er Gründer oder Begünstigter ist. Und gleichgültig, ob er in Israel oder anderswo lebt.

Die Advokaten im Fürstentum sind wegen der Kampfansage Lapid's alarmiert. Seit Monaten basteln sie an neuen Lösungen für die israelischen Kunden. Entweder um deren Steuerschulden zu verringern. Oder um das Geld noch besser zu verstecken. Zum Beispiel indem die Stiftungsstruktur rechtlich so weit vom Stifter entfernt wird, dass dieser für die Steuerbehörden nicht mehr als beteiligte Person gilt. Oder indem der Beteiligterkreis von Gründern, Begünstigten und Stiftungsräten so stark erweitert wird, dass bei Angabe der Mindestanzahl der Betei-

ligten nicht mehr alle Steuerpflichtigen aufscheinen.

In den Augen des ehemaligen Präsidenten der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung, Markus Wanger, sind die Probleme deshalb programmiert: «Den wirtschaftlichen Zweck zu verschleiern oder nur auf Steuervorteile auszurichten, ist ein Missbrauch der Gestaltungsmöglichkeiten.» Die meisten Stifter haben sowohl in Liechtenstein als auch in der Schweiz Konten. «Zumindest zur Bezahlung der Honorare für Vermittlung und Finanzdienstleistungen», sagt ein mit der Sache vertrauter Stiftungsanwalt in Vaduz. «Der Grossteil der Stiftungen wurde von Schweizer Intermediären vermittelt.» Das sind Treuhänder, Anwälte und Banker. «Man muss davon ausgehen, dass auch der Grossteil der Liechtensteiner Stiftungen aus Israel ein Konto in der Schweiz hat», sagt der Anwalt. Bei den Stiftungen geht es um namhafte Vermögen. Wie namhaft, das weiss keiner so recht. Diskretion ist nach wie vor das höchste Gut.

Mangelndes Problembewusstsein

Derzeit sehen weder die heimischen Behörden noch die Banken Handlungsbedarf. Steuerrelevante Fragen des Stiftungsrechts enden fürs Erste an der Schweizer Grenze. So ist dem Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF) bis jetzt keine spezifische Problematik mit Israel und Liechtenstein bekannt. «Für jedes



Knesset in Jerusalem: Ab Januar 2014 gelten verschärfte Steuergesetze.

Schweizer Konto muss der wirtschaftlich Berechtigte festgestellt werden. Dies auch im Fall ausländischer Stiftung sagt SIF-Sprecher Mario Tuor.

Wie die grössten Schweizer Banken Israels neuen Steuergesetzen umgekehrt werden, ist unklar. Julius Bär, Credit Suisse und UBS haben Repräsentanzen in Israel um Kunden anzuwerben und ihr Verhalten gegebenenfalls in der Schweiz zu wahren. Eine Sprecherin der Bank Julius Bär sagt: «Wir führen unsere Private-Equity-Geschäfte in allen Ländern zwingend unter Berücksichtigung sämtlicher Gesetze und Vorschriften und gemäss Vorgaben der jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörde.» Die Credit Suisse zichtet, «im Detail einzelne Schritte Umsetzung von allfällig unzulässigen Regulierungen darzulegen». Und von UBS heisst es: «Die Neuerungen betreffen die Kunden und nicht die UBS.»

Für Stiftungsexperte Wanger ist es mit nicht getan. Er schliesst nicht aus, dass Schweizer Banken bald auch wegen der wüthiger Stiftungskonstrukte von Israel die Pflicht genommen werden. Sei es, Kundendaten oder Daten über grenzüberschreitende Finanzgebilde zu erhalten

ISRAELS STEUERREFORMEN

Vertreibung aus dem Paradies

Steueroase Bereits vor zehn Jahren begann Israel, sein Steuersystem zu reformieren. Grund war der globale Trend hin zu neuen Steueroasen. Israel wurde international als sicherer Hafen für Steuerflüchtlinge gesehen. Dem wollte Israel entgegenwirken und begann, Einkommen seiner Bürger weltweit zu besteuern. Ab 2006 wurde dazu die israelische Steuerbehörde ITA aufgerüstet. Zwei Jahre später ruderte die Knesset zurück. Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, das vermög-

genden Juden die Einwanderung nach Israel mit Steuererleichterungen schmackhaft machen sollte.

Steuererhöhungen Seit 2013 schafft der neue Finanzminister Yair Lapid diese Privilegien wieder ab. Zusätzlich wurde die Unternehmenssteuer von 25 auf 26,5 Prozent erhöht. Glücksspiel wird nun mit 30 statt 25 Prozent besteuert. Und Schlupflöcher für vermögende Stiftungsgründer und deren Begünstigte sind ab 2014 passé.